

## **„National-Zeitung“ – Sanierung auf dem Buckel der Belegschaft**

Die „National-Zeitung.“ die sich zur „freiheitlich-demokratischen Ordnung und zu fortschrittlich-liberalen Grundsätzen“ bekennt (Statut), war die erste Zeitung in der Schweiz, welche sich vor fünf Jahren ein Redaktions- und Organisationsstatut gab, in dem ein gewisses Mass an Mitbestimmung gewährleistet worden war, Nach der plötzlichen Aenderung der wirtschaftlichen Grosswetterlage hat sie nicht nur (von einigen kaum anwendbaren Relikten abgesehen) die Mitbestimmung vom Tisch gefegt, sondern lässt es sogar im Zusammenhang mit Entlassungen und Lohnabbau auf eine Konfrontation mit dem im Unternehmen gewerkschaftlich organisierten Personal ankommen.

Das Unternehmen nimmt heute Entlassungen vor und baut übervertragliche Leistungen ab, ohne zuvor mit den betroffenen Gewerkschaften (STB/SLB/VPOD) in eigentliche Verhandlungen zur Sache eingetreten zu sein,

Die wirtschaftliche Rezession trifft technisches, administratives und redaktionelles Personal in gleichem Masse. Deshalb haben sich die drei Gewerkschaften zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen. Es ist dies das erste Mal in der Schweiz, dass ein Arbeitskonflikt im graphischen Gewerbe gemeinsam ausgefochten wird, vor allem, dass sich die beim VPOD organisierten Journalisten unmissverständlich auf die Arbeitnehmerseite geschlagen haben und sich damit von jenen Kollegen distanzieren, welche niemals Anstalten trafen, den Graben zwischen redaktionellem und technischem Personal zuzuschütten, sondern beim ersten leisen Windstoss eiligst sich selber als Unternehmer gebärdeten und vergassen, was früher in ihrer Zeitung stand. Obwohl die Leserschaft ständig gestiegen ist und weiter steigt, ist der Geschäftsgang offensichtlich rückläufig, was zeigt, dass Zeitungen nicht von der Zahl ihrer Leser, sondern von Inserenten und Druckauftraggebern abhängen, ein Umstand, der den meisten Lesern nicht bekannt ist und auch gar nicht bekannt gemacht wird.

Seit längerer Zeit weiss man in Basel, dass Industrie und Banken der „National-Zeitung“ wegen ihres angeblich „linken Images“ Druckaufträge und Inserate sperrten. Auf diesen äusseren Druck reagierte die Geschäftsleitung der „NZ“ mit defensivem Verhalten. Sie unterliess es, die Solidarität des Personals mit ihrem Unternehmen und der Leser mit ihrer Zeitung zu mobilisieren und gab offensichtlich diesen Druck nach innen, bzw. nach unten, weiter. Die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten taten ein weiteres, das Terrain für „Strukturbereinigungen“ zu ebnen. Vor einigen Monaten wurde eine Beraterfirma mit der Reorganisation des Gesamtunternehmens beauftragt. Dass diese Reorganisation in eine Zeit wirtschaftlicher Engpässe fällt, macht es möglich, Entlassungen, je nachdem, einmal mit Reorganisation, ein andermal mit Rezession zu begründen. Dass frühere Fehlentscheidungen des Managements auf Kosten der Beschäftigten wieder wettgemacht werden, ist nicht nur in der Zeitungsbranche üblich. Indessen ist die tatsächliche wirtschaftliche Lage der „National-Zeitung“ AG nicht bekannt. Das Unternehmen publiziert keine Geschäftsberichte, die Höhe der in den guten Jahren geäufteten Reserven ist unbekannt. Ein Konzept über den zukünftigen Personalbestand des Unternehmens konnte nicht erbracht werden. Ebenso herrscht Unklarheit darüber, wer, wann, in welcher Abteilung und aus welchen Gründen noch entlassen werden soll. Aussagen einzelner Mitglieder der Geschäftsleitung widersprechen sich. Nicht einmal die Zahl der entlassenen bzw. noch weiter beschäftigten Pensionierten konnte verbindlich angegeben werden. Damit sind die Verunsicherung des Personals und auch das Betriebsklima unerträglich geworden. Das Personal sieht sich von Kündigungen bedroht und in die Enge getrieben. In Ausnützung der Angst vor Arbeitslosigkeit ist es für die Geschäftsleitung ein leichtes, den „Herr-im-Hause“-Standpunkt zu vertreten. Um so mehr als die betriebliche Mitbestimmung 1970 nur im redaktionellen Bereich eingeführt wurde, das übrige Personal aber leer ausging. Der Umstand, dass man im Februar, angesichts der kommenden Ereignisse schnell eine Personalkommission auf die Beine stellte, macht die Sache kaum besser, zumal diese Personalkommission über den Lohn- und Personalabbau nicht vorgängig konsultiert wurde, wie dies die Statuten verlangen, sondern lediglich über die vollendeten Tatsachen orientiert wurde. Den gewerkschaftlich organisierten Journalisten wurde das Gesuch um Vertretung in der Personalkommission rundweg abgeschlagen. Wenn sich die drei Gewerkschaften schon zu Beginn der sich abzeichnenden Krise auf dem Basler Zeitungsmarkt eingeschaltet haben, so auch im Hinblick auf kommende Auseinandersetzungen hinsichtlich der bevorstehenden Pressekonzentration.

Die drei Gewerkschaften haben gemeinsam einen Sozialplan aufgestellt, um die Entlassungen zu vermeiden. Die „NZ“-Geschäftsleitung, die zwar unverbindliche Orientierungsgespräche mit einzelnen Gewerkschaftsvertretern führte, weigert sich bis jetzt, auf eigentliche Verhandlungen über einen Sozialplan einzugehen, vermutlich weil dieser Sozialplan es ermöglichen würde, die Kündigungen trotz Einsparungen rückgängig zu machen. Die Geschäftsleitung der „National-Zeitung“ missachtet mit ihrer harten Haltung die Richtlinien bei Betriebsschliessungen und Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen, welche von den Spitzenverbänden der Wirtschaft und der ihnen angeschlossenen Organisationen unterzeichnet worden sind.

Aktionsgemeinschaft STB/SLB/VPOD.

Senefelder, 21.8.1975.

VPOD > National-Zeitung, Entlassungen. VPOD, 1975-08-21